Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Zur Lage.

Der deutsche Einmarsch in Rußland trägt das Datum des 22. Juni, fast desselben Tages also, an dem im Jahre 1812 Napoleon, Kaiser der Franzosen, die Grenzen dieses Reiches überschritt. Dieser gewollte Gleichtritt der Zeitbestimmung fließt gleichsam natürlich aus dem Wesen ihres Urhebers, der als der Führer des Deutschen Reiches das Schicksal seines Volkes so mit einer der größten Entscheidungen der Weltgeschichte verbunden hat. Ein anderer Staatsmann, Churchill, sprach unlängst — es war nach dem Rückzug Englands aus Griechenland — das Wort vom „Sinn für Proportionen"; dieses Wort aber, angewandt auf das große Ereignis dieser Tage, das zugleich das größte Ereignis dieses Krieges sein wird, mag heute seine besondere Bedeutung annehmen.

Das deutsch-russische Verhältnis hat im Laufe der Geschichte schon manche tiefgreifende Wandlung durchgemacht. Preußen und später das Deutsche Reich haben je nach der Lage ihrer unmittelbaren Interessen in Zentral- und Westeuropa, vor allem aber auch ihrer Beziehungen zu England, jeweils verschiedene Konzeptionen zur Anwendung gebracht und damit dieses Grundproblem für Deutschland unter verschiedenen Aspekten in Erscheinung treten lassen. Allein schon die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen in der Periode von Friedrich dem Großen zu Adolf Hitler möchte zu manchen Betrachtungen verleiten; jedenfalls zeigt sie Eines: die unbedingte Abhängigkeit der Gestaltung dieses Verhältnisses von der Machtlage in Westeuropa und den durch sie bedingten oder ausgelösten Interessen des Reiches. Der Führer dieses Reiches in dem heutigen Kampfe, der über sein Schicksal und die Zukunft Europas entscheidet, hat seine eigenen Gedanken zu diesem historischen Verhältnis in seinem Buche, „Mein Kampf", niedergelegt.

* * *

Als am späten Abend des 21. August 1939 in Berlin die Mitteilung ausgegeben wurde, daß die Reichsregierung und die Sowjetregierung übereingekommen seien, einen Nichtangriffspakt miteinander abzuschließen und der Reichsminister des Auswärtigen am 23. August in Moskau eintreffen werde, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, war die Verblüffung allgemein. Sie war umso größer, als diese Nachricht ja mitten in die Verhandlungen traf, die Frankreich und England in Moskau seit Wochen bereits — und wie mühsam — vorwärts zu bringen besorgt waren. Da aber in den schicksalsschweren Tagen dieses entscheidenden Monats Juni 1941 der polnische Ministerpräsident General Sikorski in London eine Erklärung abgab, werden die Probleme jener französisch-englisch-russischen Verhandlungen mit einem Male wieder lebendig und man erkennt den Grund, weshalb sie in der damaligen Lage scheitern mußten. Der Vertrag von Versailles hatte den kommenden Beziehungen zwischen Rußland und dem neu erstandenen Polen eine durchaus negative Richtung gegeben und damit eine Entwicklung eingeleitet, die, im Vertrag von Riga im Jahre 1921 nur mühsam und durchaus vorläufig eingestellt, am Ende, so wie die Dinge zu Ende August 1939 lagen, doch zwangsläufig zu jenem Ergebnis führen mußte, von dem man im Kreise der Westmächte mit so offensichtlicher Bestürzung Kenntnis nahm. So erscheint jenes Ergebnis auch aus der heutigen Perspektive unvermeidlich — freilich nur dann, wenn man die damalige Gleich-

gewichtslage der Mächte, also die machtpolitischen Verhältnisse der Augusttage des Jahres 1939 zugrunde legt!

Auch im Reiche selbst war die Überraschung wohl allgemein gewesen. An sich nun mußte die durch den Pakt von Moskau bedingte Einstellung der eigentlich schon mit der Gründung der Nationalsozialistischen Partei eingeleiteten ideologischen Richtung und Kampagne, zumal sie noch von Jahr zu Jahr gesteigert worden war, den Propagandaapparat des Reiches in seinen inneren und äußeren Funktionen vor eine schier unlösbare Aufgabe stellen. Allein es ergab sich bald, daß dieser Pakt keineswegs in erster Linie in der ideologischen Richtung zu würdigen war, sondern vor allem in der diplomatischen — und hier war der Erfolg nun allerdings derart in die Augen springend, daß man sich in den Bureaux des Herrn Goebbels kaum sehr große Mühe zu geben brauchte, die ideologische Wendung noch besonders zu erklären. Der bisherige Verlauf des Krieges aber hat gezeigt, wie das Reich auf dieser Grundlage, diplomatisch gewandt und militärisch — was den Kontinent betrifft — entscheidend, zu wirken verstand.

Alle die Umstände aber, die damals zu der nicht nur überraschenden, sondern auf dem diplomatischen Felde fast einmalig zu nennenden Wendung des 23. August 1939 geführt haben, entheben ohne Zweifel den Beobachter auch bei der Würdigung des 22. Juni 1941 und seiner Folgen der Pflicht oder der Versuchung — wie man will — ideologische Gesichtspunkte irgendwie als relevant zu betrachten. Denn auch die zweite Wendung ist, genau wie die erste, allein auf diplomatisch-militärische Motive zurückzuführen und demnach auch unter diesen Gesichtspunkten allein zu würdigen.

Der Pakt von Moskau vom 23. August 1939 hat dem Deutschen Reiche nicht nur auf dem diplomatisch-militärischen Felde die bekannten unschätzbaren Dienste geleistet — indem er Deutschland vor dem Zweifrontenkrieg bewahrte —, sondern ihm auch auf wirtschaftlichem Gebiet große, freilich wohl auch notwendige Erfolge gebracht. Auch in dieser Richtung, wenn auch keineswegs allein in dieser, ist der durch die Bestimmung des Art. 3 des Paktes vom 23. August 1939 gesetzte Rahmen wohl ausgefüllt worden, der fortlaufende Konsultationen über die gemeinsame Interessen berührenden Fragen vorsah. Zweifellos hat das Reich aus diesen wirtschaftlichen Vereinbarungen große Vorteile gezogen; doch Rußland seinerseits ließ sich diese Leistungen auf anderem Felde auch nicht wenig teuer bezahlen. Inwieweit die territorialen Zugriffe Stalins seit dem 23. August 1939 den ursprünglichen oder später angefügten Klauseln des Paktes widersprochen haben, bleibe dahingestellt — jedenfalls waren sie umfangreich und in den Wirkungen denkbar schwerwiegend, indem sie eine bedeutende Machtvermehrung des russischen Reiches zur Folge hatten und auch eine entsprechende Verstärkung seines Prestiges — diese freilich nur bis zu dem Zeitpunkt, da die deutsch-russische Auseinandersetzung, die in diesen Tagen ihre tiefen Furchen durch Europa zu ziehen beginnt, in den Bereich der Möglichkeit rückte, um dann unvermeidbar zu erscheinen, und so die prestigemäßige „Rückwärtsrevision" psychologisch vorzubereiten. Bis dahin aber waren die gegenseitigen politischen Konzessionen zahlreich, bedeutsamer allerdings die von deutscher Seite gewährten. Unter diesen fällt vor allem ins Gewicht und erscheint für die politischen Wirkungen im Gefolge der deutsch-russischen Auseinandersetzung sehr schwerwiegend der klare Vorbehalt zu Gunsten Rußlands, der im Dreimächtepakt vom 27. September 1940 enthalten ist und die Erfüllung der Bestimmung des Art. 4 des Paktes von Moskau bedeutet, wonach keiner der beiden vertragschließenden Teile „sich an irgend einer Mächtegruppierung beteiligen wird, die sich unmittelbar oder mittelbar gegen den anderen Teil richtet". Hier fällt vor allem die Rückwirkung auf die Stellung Japans in Betracht, ganz abgesehen vom

russisch-japanischen Neutralitätspakt, der am 13. April 1941 auf wesentliche Veranlassung Deutschlands unterzeichnet wurde.

Sehr wesentliche Konzessionen territorialer und politischer Natur sind also zur Aufrechterhaltung des Paktes von Moskau geleistet worden. Daß das Reich dabei zu einem großen Teile der Leistende war, erklärt sich wohl ohne weiteres aus den erwähnten bedeutenden militärpolitischen und wirtschaftlichen Vorteilen, zu deren Nutzung Deutschland in seinem schweren Ringen durch diesen Pakt gelangt ist. Jedenfalls blieb die Neutralität Rußlands — und diese als eine durchaus wohlwollende — sowohl im polnischen Feldzug, wie in der Schlacht um Frankreich, zu den bekannten territorialen Bedingungen zwar, aufrecht erhalten und auch die zu Gunsten des Reiches zu gewährenden wirtschaftlichen Leistungen waren durchaus befriedigend und sind es anscheinend — dies dann allerdings im Gegensatz zum politischen Verhältnis — auch bis zum Ausbruch des Krieges in den Frühmorgenstunden des 22. Juni dieses Jahres geblieben.

Es liegen aber auch keine Anhaltspunkte vor, wonach Stalin irgendwie die Absicht gehabt hätte, diese wirtschaftlichen Leistungen in absehbarer Zeit zu sabotieren oder gar einzustellen; und zudem näherte man sich der Ernte des ukrainischen Kornes. Anderseits hatte der Diktator Rußlands grundsätzlich bestimmt nicht die geringste Neigung, die ihm weit überlegene und in den letzten Monaten in kaum vorstellbarem Maße vervollkommnete Kriegsmaschine des Reiches sich nach Osten in Bewegung setzen zu sehen und die zerschmetternde Wucht ihrer Schläge auf sich zu ziehen. Wenn trotz alledem diese historische Auseinandersetzung mit ihren schweren, teils unübersehbaren Folgen heute Tatsache geworden ist, so sind dafür nicht nur gewichtige, sondern unausweichliche Gründe maßgebend gewesen.

Wie diese auch geartet waren: fest steht jedenfalls, daß mit dem Vorbehalt zu Gunsten Rußlands beim Abschluß des Dreimächtepaktes am 27. September 1940 die letzte Konzession zwischen den Parteien geleistet worden ist. Auch der Besuch Molotows in Berlin hat, wie man bereits damals vermutete, hier keine Wandlung mehr zu bringen vermocht. Was später noch folgte, war allein Beiwerk ohne weiteres politisches Gewicht. Es gehört hieher zweifellos die noch kurz vor Ausbruch des Konfliktes erfolgte Ausweisung der diplomatischen Vertreter der besetzten Länder aus Moskau — es gehört hieher zweifellos auch die äußerlich nach wie vor wenig pflegliche Behandlung der Beziehungen zu Großbritannien seitens Rußlands, die aber immer mehr den Charakter diplomatischer Taktik annahm, während sie vordem den wahren Bemühungen Stalins, das gute Verhältnis zum Reich durch keine noch so kleine Bewegung sich trüben zu lassen, durchaus entsprochen haben dürfte. Wo aber liegen die Ursachen?

In seiner Proklamation an das deutsche Volk vom 22. Juni 1941 hat Adolf Hitler die Umstände dargelegt, die letzten Endes die Aktion des Reiches veranlaßt haben. Auch von russischer Seite sind umfangreiche eigene Truppenkonzentrationen nicht bestritten worden; sie fanden vielmehr ihre Bestätigung in der seltsamen Erklärung der Agentur Taß vom 13. Juni 1941, die wohl in die Geschichte eingehen wird. Wer in dem gegenseitigen Aufmarsch nun die Vorhand hatte, ist aus den beiderseitigen Erklärungen zwar noch keineswegs ersichtlich; allein es scheint dies auch gar nicht unbedingt entscheidend zu sein. Wichtig ist jedenfalls, daß das Reich aus diesen oder jenen Gründen sich entschloß, gegen den Vertragspartner vom 23. August 1939 mit Gewalt vorzugehen, und ob nun diese Aktion im Sinne einer zwingenden Gegenmaßnahme oder mehr oder weniger präventiv erfolgte, spielt erst in zweiter Linie eine Rolle. Entscheidend ist, daß die Führung des Reiches geglaubt hat, den Konflikt

mit Rußland für den Sommer 1941 vorsehen zu müssen — ein Entschluß, den sie gewiß nicht ohne Not mit einem ungeschlagenen England im Rücken, dem eine Kampfpause gerade in diesen Wochen unmittelbar vor dem Beginn des maximalen Einsatzes der amerikanischen Lieferungen äußerst willkommen sein muß, gefaßt hat. Also hat das Reich über die jetzige oder die kommende Einstellung des Partners von Moskau Zweifel empfunden.

Vielleicht wird eine spätere Darlegung dieser historischen Umstände erkennen lassen, daß in den deutsch-russischen Beziehungen letzten Endes die Würfel zu der Stunde gefallen sind, als Italien am 28. Oktober 1940 die Aktion gegen Griechenland einleitete. Wenn auch dieser Schluß nicht unbedingt zwingend zu sein braucht, so haben doch diese Umstände, also die sich überstürzende Entwicklung der Ereignisse auf dem Balkan, den Umsturz der deutsch-russischen Beziehungen zweifellos wesentlich mitbedingt. Wir haben auf diese Zusammenhänge in unseren monatlichen Übersichten „Zur Lage", allein durch die Nennung Rußlands, mit der durch die Verhältnisse gebotenen Vorsicht seit dem Herbst 1940 laufend verstärkt hingewiesen. Angesichts der Entwicklung nun, die zu den historischen Geschehnissen führte, deren Zeugen wir in diesen Tagen sind, erhebt sich wie zwangsläufig die Frage, ob das Reich den Ablauf der Dinge auf dem Balkan, trotz aller großen militärischen Erfolge, die er gezeitigt hat und trotz der heute vollzogenen militärischen Beherrschung dieser Gebiete durch die Achsenmächte, tatsächlich so wollte oder ob es nicht durch die Entwicklung der Verhältnisse gegen seine ursprüngliche Absicht zu diesen Aktionen gezwungen worden ist. Diese Frage kann zweifellos erst später ihre Abklärung finden; Anlaß, sie zu stellen, ergibt sich aus dem wohl nicht bestreitbaren Umstand, daß die Entwicklung auf dem Balkan, so, wie sie sich abrollte, letzten Endes auf die italienische Aktion vom 28. Oktober 1940 und ihren Verlauf im Verhältnis zu Griechenland zurückgeführt werden muß, bezw. durch sie bedingt erscheint.

Die historischen Interessen, die Rußland in den Gebieten des Balkans stets geltend gemacht hat, zuletzt noch, und entscheidend, während des Weltkrieges 1914—1918 — in Verbindung mit den zahlreichen diplomatischen Äußerungen Moskaus zu der deutschen Balkanpolitik, deren Zeugen wir im Laufe der vergangenen Monate gewesen sind und die sich ausnahmslos und mit steigender Schärfe gegen Deutschland richteten — handgreiflich war vor allem deren letzte, der Freundschaftpakt mit Jugoslawien angesichts des bevorstehenden deutschen Einmarsches! —, mögen zu der Folgerung führen, daß wir mit der Entwicklung auf dem Balkan im Anschluß an die italienische Aktion vom 28. Oktober 1940 tatsächlich den Schlüssel zu der grundlegenden Wendung in dem Verhältnis Deutschland-Rußland in Händen halten. Diese Hypothese mag ganz oder zu wesentlichen Teilen richtig sein — Ausschließlichkeit kann sie jedoch nicht beanspruchen. Dies ergibt sich einmal aus der Überlegung, daß die imperialen Ziele und die Bedingungen zu deren Erreichung bei dem bolschewistisch-weltrevolutionären Rußland Stalins keineswegs notwendig dieselben zu sein brauchen wie bei dem zaristischen Rußland der Alexander, ihrer Nachfolger und der Großfürsten, denen der Balkan, das Hinterland der Meerengen, Axiom ihres Imperialismus war. Anderseits ist zu bedenken, daß das Reich tatsächlich schon vor dem Frühjahr 1941 zu der ausschlaggebenden Macht auf dem Balkan geworden war, den es sich bereits damals nicht allein wirtschaftlich in weitgehendem Maße eingefügt hatte. So brauchte Rußland in der vervollständigten militärischen Durchdringung dieser Gebiete nicht unbedingt eine „Bedrohung" zu erblicken, und

schließlich hätte sich gewiß auch dieses Problem, wie so manche andere kaum weniger heikle vor ihm, im Geiste des Paktes vom 23. August 1939 lösen lassen. Daß dies nicht geschah, Stalin vielmehr dazu überging, den bisher mit Erfolg beschrittenen Weg zu verlassen, darauf verzichtete, die entstandenen Streitpunkte wie bisher mit dem Partner des Vertrages von Moskau direkt zu bereinigen, dafür aber beinahe eine „Flucht in die Öffentlichkeit" antrat und durch das Mittel unklarer Dementis und diplomatischer Proteste sich das Reich bewußt in zunehmendem Maße zum Gegner machte, muß beinahe zu weiteren Schlüssen Veranlassung geben. Man hat Stalin — und dies mit großem Anspruch auf Wahrscheinlichkeit — stets die Absicht zugeschrieben, die „kapitalistischen" Mächte in einem langen Kriege sich erschöpfen zu lassen, um sie zum Ende widerstandslos der revolutionären, bolschewistischen Macht dienstbar zu machen. Nun ist er selbst vorzeitig in den Krieg gezogen worden. War dies unvermeidlich? Oder wollte er diesen Krieg? Welche Einflüsse haben dann seine Entscheidung bewirken können?

Das Deutsche Reich seinerseits erkennt, in seinem schweren Ringen, einen neuen Gegner in der Front seiner Feinde. Gewaltige militärische Erfolge werden ihm von neuem beschieden sein. Allein die große Weite des Raumes wird auch nach einem erfolgreichen Abschluß der eigentlichen großen militärischen Operationen bedeutende Kräfte beanspruchen, während das Ausmaß und die Möglichkeiten wirtschaftlicher Ausbeute völlig in Dunkel gehüllt sind. Indes erhält Großbritannien seine Pause. Daß England, und mit ihm die Vereinigten Staaten, die Zeit nützen wird, ist kaum zu bezweifeln, ist vielmehr umso eher anzunehmen, als der Ausbruch des Konfliktes die Westmächte kaum überrascht haben dürfte. Militärische Aufmärsche solchen Ausmaßes lassen sich eben nicht verbergen. Schon vor vielen Wochen ist die Nähe der kommenden Entwicklung deutlich geworden. Auch der Termin war, mit Rücksicht auf die Lage der Jahreszeit, abzuschätzen. Man wird deshalb nachträglich die aufsehenerregende Reise, die zu Anfang Juni den amerikanischen Botschafter in London, Winant, nach Washington führte, besser verstehen können und vielleicht gewisse Zusammenhänge zu erkennen vermögen, die sich bisher nur ahnen ließen ...

* * *

„Es würde eine gefährliche Täuschung sein, zu glauben, daß ein einmal begonnener Krieg frühzeitig enden würde", schrieb am 22. August 1939 Neville Chamberlain an Hitler; „Ihre Versicherung, daß Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls", antwortete ihm dieser am 23. August. — Nun, da ein neuer Krieg mit gewaltigen Ausmaßen und noch kaum übersehbarer Entwicklung sich zu den anderen Kriegen gesellt, die kein Ende nehmen wollen — da indessen der Westen der Erde sich selbst zu dem größten Einsatz rüstet, mögen diese Worte wieder lebendig werden. Noch einmal vermitteln sie die ganze Tragik dieser Zeit, da die Erkenntnis der Staatsmänner zwar die Größe des kommenden Unheils erfaßte, ihre Mittel indes nicht ausreichten, es abzuwenden ...

* * *

In seinem Buche „Mein Kampf", da er die Grundsätze der nationalsozialistischen Staatsführung nach Innen und Außen niederlegte, hat Adolf Hitler den Kampf gegen Rußland als Mittel der deutschen Politik ohne Rückhalt als notwendig festgestellt. Diese Maxime ergab sich für ihn unschwer aus seiner Konzeption des „Raumes", die sein Bekenntnis weitgehend bestimmt. Daran mag man sich erinnern, wenn die „Berliner Börsen-

zeitung" dieser Tage offen erklärte, daß an den Frieden mit Rußland eigentlich von Anfang an kein Deutscher recht geglaubt habe... Denn:

„Wollte man in Europa Grund und Boden", schrieb Adolf Hitler", „dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben..."

Daß er aber diesen „neuen Germanenzug" aus einem Bündnisverhältnis zu England erfaßte, erscheint heute besonderer Erinnerung wert.

Zürich, den 28. Juni 1941.

Jann v. Sprecher.

Schweizerische Umschau.

Bern will Bundesstadt bleiben. / Kriegswirtschaft mit Alt- und Ersatzstoffen.

„Bern und seine Entwicklung" — so betitelt sich der schöne graphisch-statistische Atlas, den das Statistische Amt der Stadt Bern im Jahre 1940 auf die 750 Jahr-Feier der Stadtgründung hin herausgegeben hat, und in den Geleitworten des Stadtpräsidenten Dr. E. Bärtschi heißt es von ihm: „Hier bietet er nun in sinnenfälliger Form und mit umsichtig geprägtem Begleittext eine überreiche Fülle des Bemerkenswerten. Es gibt kaum eine Tafel, kaum eine Textseite, die nicht Bekanntes ergänzt, wenig Bekanntes erhellt, Irrtümer berichtigt. Daß mit der in manchen nichtbernischen Köpfen und Lehrbüchern spukenden falschen Vorstellung, Bern sei in erster Linie Beamtenstadt, gründlich aufgeräumt wird, ist selbstverständlich. Aber selbst für manchen Stadtberner dürfte es überraschend sein, zu vernehmen, daß Bern mit der Zahl seiner dem Fabrikgesetz unterstellten Industriearbeiter prozentual ganz nahe an die großen Industriestädte Zürich und Basel heranrückt...". Bern legt scheints Wert darauf, nicht eine Beamtenstadt zu sein, wie man weithin behauptet. Satz und Gegensatz stehen sich somit gegenüber. Nun ist es allerdings einigermaßen frappant, wahrzunehmen, daß von den 59 802 Erwerbstätigen Berns nur 12,3 % unter der Rubrik „Öffentliche Verwaltung und freie Berufe" (warum diese Zusammenfassung?) figurieren, und daß man auch mit der Rubrik „Verkehr" (= 7,5 %) insgesamt nur auf etwa 20 % in öffentlichen Diensten Stehende kommt. Es wäre aber ein voreiliger Schluß, wenn man deswegen bereits feststellen wollte, Bern sei keine Beamtenstadt. Einmal datieren jene Zahlen aus dem Jahre 1930, und zum andern sind seit 1939 nicht weniger als etwa 5000 Personen neu in den Dienst öffentlicher Ämter getreten, so daß sich das Bild wesentlich verändert hat. Man kann aber auch davon absehen und gerät trotzdem auf einen etwas anderen Punkt als der Berner Stadtpräsident. Den Ausschlag für die Beurteilung der Stadt geben nämlich ihre Ökonomie und ihre Physiognomie: 1. Die Ökonomie. Unter den Erwerbstätigen bezw. Steuerpflichtigen ragen die öffentlichen Funktionäre merkwürdigerweise der Zahl nach bereits an zweiter Stelle hervor, und hinsichtlich ihrer Steuerpflicht nehmen sie weitaus den ersten Rang ein (Ziffer 54). Als typisch muß gelten, daß die 17 000 „Arbeiter in privaten Betrieben" nur ein steuerpflichtiges Einkommen von 19 Millionen Franken aufweisen, während die 10 000 „öffentlichen Funktionäre" nicht weniger als 45 Millionen Franken Einkommen aus Erwerb zu versteuern haben. Somit überwiegt das Einkommen aus öffentlichen Mitteln. Damit mag auch — dieses Einkommen ist ja als fixes keinen erheblichen Schwankungen ausgesetzt — die ruhige

Gestaltung des Finanzhaushaltes (Ziffer 47) zusammenhängen. Überwiegt das öffentliche Amt in der Kapitalkraft, so wird es einen nicht wunder nehmen, wenn sich auch die übrige Erwerbstätigkeit darauf hin ausrichtet. Tatsächlich ist denn auch die Bernische Industrie sehr stark auf die Bedienung der öffentlichen Ämter und Beamten eingestellt (Nahrung, Kleidung, Genuß, Graphik). 2. Die Physiognomie: Berns politisches Angesicht zeigt seit Jahrzehnten eine merkwürdige Gleichmäßigkeit in dem Sinne, daß sich Bürgerliche und Sozialisten ungefähr die Waage halten. Stark ist auch die Kommunalwirtschaft ausgeprägt. Das läßt auf die Konstanz grundlegender politischer Anschauungen schließen, wie sie hauptsächlich den Beamten auf einer mittleren Linie eigen sind. Desgleichen scheint sich mir der äußere Habitus des Beamten darin auszudrücken, daß man dort in den Wohnungen am luxuriösesten eingerichtet ist bei einer gleichzeitigen Rekordzahl von Kleinwohnungen (80,3 % von den zwischen 1914 und 1939 gebauten; Ziffer 39). Endlich hat ja der Berner Stadtpräsident selber bei einer Angelegenheit, auf die wir nun eben zu sprechen kommen, unseren Eindruck von Bern als einer vom Beamtenelement gekennzeichneten Stadt bestätigt, indem er vor dem Stadtrat sagte: „Bern ist nicht nur der äußeren Form nach Bundessitz geworden; das Bundesstädtische, die Verkörperung des eidgenössischen Gedankens, gehört heute zum Begriff und Wesen unserer Stadt."

Dieser Satz wurde geprägt, weil zurzeit an dem Bundesstadtcharakter Berns etwas gerüttelt wird, und sich allerlei Interessen — lokale, finanzielle und föderalistische — melden, um auch etwas von dem Goldregen, der den Beamten auf dem Fuße folgt, in andere — zumal notleidende — Städte abzuleiten. Angesichts der Wohnungsnot, die wegen der Vermehrung der eidgenössischen Beamten einsetzte, hatte der Berner Gemeinderat den Bundesrat ersucht, ein neues Verwaltungsgebäude oder Bureaubaracken zu erstellen, da die Bundesverwaltung an der Wohnungsnot schuld sei. Doch dieser gutgemeinte Schuß ins Bundeshaus ging — wie man so sagt — hinten hinaus. Das war auch der Fall mit den Schüssen, welche nacheinander noch die Berner Regierung und der Berner Mieterverband abfeuerten, selbstverständlich in der vollen Überzeugung, daß der Stadt Bern das Monopol zur Beherbergung der Bundesämter gesichert sei. Zum großen Erstaunen der Berner teilten dann aber verschiedene eidgenössische Kommissionen, die Berns Klage hörten, diese Überzeugung nicht, sondern fanden, daß sich der Berner Wohnungsnot auch durch anderweitiges Unterbringen von Bundesämtern steuern lasse, zumal man diese anderwärts nicht als Last empfinde, sondern als köstliche Fracht hüten wolle. So kamen denn im Ständerat und im Nationalrat Postulate zu Stande: jener lud den Bundesrat zur Prüfung der Wegverlegung von ordentlichen wie von kriegswirtschaftlichen Ämtern ein, während dieser seine Einladung auf kriegswirtschaftliche Ämter beschränkte. Wie man nun vernimmt, gilt der Wunsch der eidgenössischen Räte dem Bundesrat als Befehl, und er will rasch handeln: Einige ordentliche Dienstabteilungen, die nicht unbedingt in Bern sein müssen, sollen das brach stehende, dem Bunde gehörende „Hotel National" zu Genf beziehen, und diese oder jene kriegswirtschaftliche Stelle soll ihr Zelt in dem notleidenden Montreux aufschlagen.

Man wird nicht umhin können, einer solchen Lösung der Raumnot den praktischen Sinn zuzubilligen. Indessen sticht uns hier besonders die rechtliche und die politische Seite der Wegverlegung eines Teiles der Bundesverwaltung von Bern als der Bundesstadt. Wegen des bundesrätlichen Vorhabens herrscht nämlich dort eine richtige Erregung, und der Berner Stadtrat hielt am 29. Mai nach dem „Berner Tagblatt" eine Extrasitzung ab, „die zu einer Protestsitzung wurde, wie sie der Stadtrat in dieser Art wohl noch nie erlebt hat". Der Stadtpräsident — die Berner Wohnungsnot ist jetzt auf einmal wie weggeblasen — stellte sich dabei auf den Stand-

punkt, den wenige Jahre zuvor (1935) der Bundesrat eingenommen hatte: „Mit der Bezeichnung Berns als Bundessitz hat die Stadt wirtschaftliche Verpflichtungen übernommen, die ihr umgekehrt auch einen Anspruch darauf geben, daß sie nicht nur de jure Bundesstadt, sondern auch de facto Sitz der Zentralverwaltung des Bundes sei. Einer Dezentralisation der Verwaltung in spürbarem Umfange würde sich die Stadt Bern widersetzen, und dabei hätte sie nicht nur das klare Recht, sondern auch die Erwägungen der Billigkeit auf ihrer Seite. Sie kommt aus staatsrechtlichen Gründen ein für allemal, so lange Bern Bundessitz und nicht gestützt auf Art. 115 der Bundesverfassung ausdrücklich etwas anderes auf dem Wege der Bundesgesetzgebung beschlossen ist, nicht in Frage." So schrieb allerdings der Bundesrat, aber wir können seine damalige Auffassung nicht teilen. Zum ersten beruht die Eigenschaft Berns als der Bundesstadt nicht auf der Bundesverfassung, sondern auf einem Bundesbeschluß, und zum zweiten besagt dieser Bundesbeschluß nur, was für Bedingungen die Bundesstadt zu erfüllen habe, nämlich u. a. „dem Bunde die erforderlichen Räumlichkeiten für ... die Bureaux der am Bundessitz zentralisierten Verwaltungszweige ... unentgeltlich zur Verfügung zu stellen." Der Bund hat es also in der Hand, was für Verwaltungszweige er in Bern zentralisieren will, und von einem Anspruch auf Zentralisierung kann die Rede nicht sein. Wäre es Bern im Jahre 1875 nicht gelungen, sich von seinen Verpflichtungen gegenüber dem Bunde loszukaufen, müßte es also immer noch für die Bundesbauten aufkommen, so tönte es in Anbetracht der kommenden Dezentralisierung zweifellos nicht so laut und klagend aus seinem Ratsaale. (Auf der anderen Seite gebietet natürlich die administrative Zweckmäßigkeit eine gewisse Zentralisierung im eigenen Interesse des Bundes.) Neben dieser rechtlichen Seite hat aber die ganze Angelegenheit — wie gesagt — auch noch eine politische. In diesem Sinn nennt die „Gazette de Lausanne" die Verlegung von Ämtern „une bonne friction pour éviter la congestion administrative", denn die Schweiz gleiche einem Menschen mit Zirkulationsstörungen. Es habe sich gezeigt, daß überall dort, wo die Verwaltung an einem Orte konzentriert worden sei, die anderen Städte zu einer nebensächlichen Bedeutung herabgesunken seien. Übrigens habe der Bundesrat im Jahre 1874 mit Bezug auf das Bundesgericht selber erklärt: „La décentralisation est de l'essence même d'un état fédératif." Die Bedenken des Welschlandes gegen eine noch größere Konzentration der Gewalt in Bern — 5000 Beamte haben allein in den letzten zwei Jahren dort ihre Tätigkeit neu aufgenommen — sind nicht von der Hand zu weisen. Je stärker die Beamtenschaft, je größer die Beamtenstadt, um so enger schlägt sie die Funktionen des Bundes in Fesseln, und zwar gewollt oder ungewollt, absichtlich oder unabsichtlich. Ein trefflicher Beweis dafür ist nur schon, daß Berns Beamte auf dem Umweg über die Stadtpolitik den Bund an der Dezentralisation hindern wollen, und daß die Eigenwünsche der Beamten in dieser Bundessache eine so große Rolle spielen, trotzdem sie rein nebensächlich sind. Wir stimmen deshalb den Welschen zu, wenn sie einer gewissen Auflockerung der Beamtenmasse das Wort reden. Vorderhand will noch das Schweizervolk das Heft des Messers in der Hand haben, und es erhebt darum wohlbewußt Caesars Devise zu der seinen: Divide et impera!

* * *

Man mag mit der Eisenbahn durchfahren, wo man will: in diesen Tagen liegen auf den Stationen überall seltsame Haufen eisernen Gerümpels, die verladen und abgeführt werden sollen. Es ist eben Kriegszeit, wo auch das Unwerte zu Ehren kommt. Was hat man nicht schon alles gesammelt durch Jung und Alt, auf dem Bauernhof und in der Fabrik, privat und von Amtes wegen! Altes Eisen also gewiß, aber mit ebenso großem Eifer: Lumpen, Papier, Knochen, Zinn-

tuben, Küchenabfälle, nicht zu vergessen das „Silberpapier" und den Kaffeesatz! Frohlockend fängt man diese Dinge ein wie Buben auf der Jagd nach Maikäfern in einem „guten Maikäferjahr", und stolz liefert man seinen Teil ab als Beitrag zur Behebung der allgemeinen Not an Rohstoffen, denn jedem ist wohl endlich zum Bewußtsein gekommen, daß diese Altstoffe sich eignen, als Rohstoffe wieder in die Produktion eingeführt zu werden. Und wer es noch nicht wüßte, dem macht es der Weibel des kleinsten Dörfchens klar, wenn er mit klingender Schelle ausruft, daß die Bürger verpflichtet seien, das alte, brach liegende Material dann und wann am besagten Orte einem Händler zu überantworten. Schon jetzt sind die guten Erfolge des neuen Sammeleifers nicht ausgeblieben. Ein rühmenswertes Beispiel lieferte die Stadt Solothurn, die schon vor dem Kriegsbeginn den Altstoff auffing, indem sie sich in vierzig Sammelquartiere einteilte und je an einem Mittwoch im Monat die unbrauchbaren Sachen einheimste. Auf diesem Wege ergaben sich beispielsweise im Laufe eines einzigen Monates: 7250 Kilo Papier, 550 Kilo Knochen, 520 Kilo Lumpen, 1280 Kilo Konservenbüchsen, 800 Kilo Metall, 180 Kilo Scherben, 12 Kilo Zinntuben, 526 Stück Flaschen. Oder in Zürich füllten sich die Gefäße „unerwarteterweise" innert zwei Monaten mit 917 744 Litern Küchenabfällen und 25 902 Kilo Knochen. Die Alt- und Abfallstoffe werden aber auch etwa in den Fabriken jetzt besser zu Ehren gezogen. Da und dort hat man wohl einen „Materialkommissar" eingesetzt, der für bessere Ausnutzung des Rohmaterials verantwortlich ist, und in der „Arbeitgeber-Zeitung" werden sogar die Vorzüge eines „Dampfjägers" gerühmt, also eines „Waidmannes", der dem Dampf nachpirschen soll, d. h. für einen möglichst geringen Verlust an Dampfenergie Sorge zu tragen hat. Daneben ist man etwa darauf bedacht, aus den Putzfäden und verbrauchten Ölrückständen wieder gutes Öl zu gewinnen. Überhaupt scheint ein allgemeines Pflichtgefühl zum Sammeln und Sorgen Platz gegriffen zu haben; so wußte die eben genannte Zeitung von einer Sammelaktion innert einer Fabrikbelegschaft das Nachstehende zu berichten: „Die Aktion liefert erstaunliche Ergebnisse. Sie wird von den Betriebsangehörigen im Sinne eines gewissen Wettbewerbes durchgeführt. Alle machen mit, von der Putzfrau bis zum Direktor. Die Findigkeit der Lehrlinge und der jüngern Kinder in den Familien, der Fleiß von Alt und Jung, das hausmütterliche Auge der Frauen, die bei Kupfer auch die kleinsten Dinge wie fremde Münzen und Nippsachen zusammentragen, verdienen höchste Anerkennung. „Vili Bächli gänd en Bach". Das zeigt sich auch hier in schlagender Weise."

So lobenswert sich dieses allgemeine Pflichtgefühl zum Sammeln und Sorgen nun ausnimmt, so kann doch nicht verschwiegen werden, daß es im Schweizerland recht lange gebraucht hat, bis in diesen Dingen die Vernunft oder auch nur wenigstens ein natürliches Wirtschaftsdenken, das eigentlich jedermann ohne Weiteres erfüllen sollte, oben aus schwang. Bei dem hohen Lebensstandard, der gäng und gäbe war, wurden die Abfallstoffe gemeinhin einfach mißachtet. Küchenabfälle warf man mit den Glasscherben zusammen zwecks Vernichtung in den gleichen Kübel, der auch Zinntuben und Knochen aufnahm. Statt sich um die Abfälle zu mühen, verließ man sich lieber darauf, daß Abfälle zu billigen Preisen und in guter Qualität aus dem Auslande zu beziehen waren. So wurden z. B. jährlich für nicht weniger als 2½ Millionen Franken fremde Knochen eingeführt, die man im eigenen Bereiche ebensogut hätte auftreiben können. Und in der Stadt Zürich gingen einzig zufolge Mißachtung der verbrauchten Konservenbüchsen jährlich nicht weniger als 20 000 Kilo Zinn und gegen eine Million Kilo Stahlschrott zu Grunde. Eine löbliche Ausnahme machte in dieser Beziehung seit langen Jahren die bernische Strafanstalt in Witzwil, indem sie sich die Abfallstoffe der Stadt Bern zuführen und durch ihre Insassen zur weiteren Verwertung sortieren ließ. So ergaben sich bereits 1936 bei 334 972 Kilo der verschiedensten Stoffe, aus welchen man 6076 Franken er-

löste. Im Vergleich zu der aufgewendeten Mühe war das allerdings eine minime Einnahme. Ungleich größer ist aber der volkswirtschaftliche Wert dieses Handelns, wie sich ja gerade in der kriegerischen Gegenwart drastisch dartut. Der Krieg zwingt somit unser Volk von dem hohen Piedestal der Mißachtung der Abfallstoffe etwas herab und lehrt es wieder eine Ökonomie, zu der es nach unserer Auffassung einfach von Natur schon verpflichtet ist.

Freilich ist der ganze Umschwung im Denken nicht ohne behördliche Maßnahmen vor sich gegangen. Von dem so schön benamsten „Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amte" aus angeregt, statuierte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement schon (??) am 18. April 1940 die Bewilligungspflicht für Sammler, Händler und Verarbeiter der Abfallstoffe, und es regelte im Oktober 1940 auch deren Sammlung und die Verwertung. Zurzeit ist indessen die neue Verfügung vom 18. Februar 1941 maßgebend, die in ihren Hauptsätzen besagt: Die ganze Abfallwirtschaft unterliegt der Aufsicht des genannten Amtes. Die technisch verwertbaren Dinge bestehen in „neuen Abfällen", „technisch gebrauchten Materialien" und anderen, vorab organischen, verarbeitbaren Altstoffen und Abfällen. Zum Grundsatz wird dann erhoben: „Im Interesse der Landesversorgung ist jedermann verpflichtet, die in Haushaltung und Betrieb verwendeten Waren und Stoffe aller Art sorgfältig auszunützen, so daß möglichst wenig Abfälle entstehen." Und ferner: „Einzelpersonen, Haushaltungen, Verwaltungen und Betriebe sind verpflichtet, die bei ihnen vorhandenen und anfallenden verwertbaren Altstoffe und Abfälle zu sammeln und ... dem von den zuständigen Amtsstellen angeordneten Sammeldienst zur Verfügung zu halten oder an die mit Bewilligung ausgestatteten gewerbsmäßigen Zubringer zu verkaufen." Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Bewilligung zum Sammeln und Handeln mit den genannten Stoffen. Angesichts des ganzen Aufwandes an Paragraphen muß man nur immer wieder bedauern, daß erst ein Krieg kommen mußte und der Zwang des Gesetzes, um unser Volk wieder auf seine natürliche Pflicht, auch solche Stoffe nicht zu vergeuden, zurück zu führen. Aber auch so dürfte es noch schwer fallen, alle Altstoffe wieder zur Nutzbarmachung einzubringen.

Mit Alt- und Abfallstoffen allein ist indessen einer kriegsnotleidenden Industrie nicht geholfen. Darum erhebt sich laut und immer lauter der Ruf nach allerhand Ersatzstoffen, mangelt es doch an Treibmitteln für die Motorfahrzeuge und an Rohmaterial für die Kleidung. Mit einem Anflug von Sarkasmus hat Professor P. Karrer in einem Vortrag über „Das Problem der Ersatzstoffe" den jetzt dringend erhobenen Hilferuf an die Wundertäterin Chemie so kommentiert: „So oft sich der Staat in einer Not- und Krisenlage befindet, richten sich die Augen aller auf Technik und Wissenschaft, von denen Rat und Hilfe kommen soll. Von Archimedes, der kunstreiche Kriegsmaschinen zur Verteidigung seiner Vaterstadt Syrakus konstruieren mußte, bis in die heutigen Tage, wo vom Chemiker die künstliche Beschaffung des fehlenden Benzins, Kautschuks und anderer Dinge erwartet wird, ist dies immer so gewesen und wird wohl auch immer so sein. Kommen dann wieder bessere Tage, so sind die dem Lande geleisteten Dienste meist schnell vergessen, und insbesondere die Wissenschaft gilt in den Augen Vieler wieder als ein Luxus, den man nicht zu üppig treiben lassen darf." Leider gehört es eben zum menschlichen Schicksal, daß man — wie heute die Chemie — „lieb Kind" ist, so lange man einen braucht, und daß man nachher schnell in Vergessenheit gerät, wenn einen andere Möglichkeiten überflüssig machen. Heute darf sich jedenfalls die Chemie freuen, die meistgesuchte Wissenschaft zu sein. Vom Mangel an den unbedingt notwendigen Zufuhren aus dem Auslande aufs schärfste betroffen, erflehen Handel, Industrie und Verkehr jetzt in erster Linie Treibstoffe zum Ersatze des Benzins. Eine traurige Lage: Irgendwo im Schweizerland stehen auf einem unbenutzten Bahngeleise zwecklos Dutzende von leeren Tankwagen, während fast der ganze Automobilver-

kehr eingestellt oder umgestellt ist. Umgestellt: wie wohl die Umstellung das kleinere Übel ist als die Einstellung, läßt auch sie sich nur innert mäßigen Schranken durchführen, ebenfalls wegen Treibstoffmangels und aus militärischen Gründen. So sind dem Umbau von Lastwagen auf Holzgasbetrieb Schranken gesetzt, Karbid kommt wegen großem Kohlenverbrauch bei der Herstellung nicht stark in Frage, Holzkohle kennen wir erst in beschränkten Mengen usw. Der neueste Ausweg aus der Misère wird nun gesucht durch die Anlage einer Holzverzuckerungsfabrik im Bündnerland. Eine Aktiengesellschaft, die von Seiten des Bundes eine längere Abnahme- und Preisgarantie besitzt, möchte aus dem überschüssigen Holz jährlich 10 000 Tonnen Alketon (Vergasertreibstoff), 1600 Tonnen Industriesprit und später noch 3000 Tonnen Traubenzucker (Nahrungsmittel mit diätetischer Wirkung) herausholen. An Wagemut fehlt es also nicht, nur mag man mit einiger Sorge voraussehen, was nach dem Kriege aus diesen Umstellungen auf die Benzinnot werden wird. Erheblich leichter dürfte den Schweizern andererseits die Umstellung auf den Woll- und Baumwollmangel fallen; der Zellwolle, die fortan der reinen Wolle beigemischt werden soll, rühmt man von fachlicher Seite große Vorzüge nach: bei gleicher Verwendungsfähigkeit zeichne sie sich durch starke Widerstandsfähigkeit, gute Warmhaltung und Reinlichkeit aus.

Bülach, am 26. Juni 1941.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

Eine neue Zeitschrift für schweizerische Kunstwissenschaft.

Der „Anzeiger für Schweizerische Altertumskunde" hat sich auf eine sehr erfreuliche Weise verjüngt; er erscheint jetzt, von der Direktion des Schweizerischen Landesmuseums herausgegeben, in vornehmer Ausstattung und reich illustriert unter dem Namen „Zeitschrift für Schweizerische Archaeologie und Kunstgeschichte" beim Verlag Birkhäuser in Basel. Die zwei ersten Bände (Jahrgang 1939—40) sind nun erschienen, und der reiche Inhalt hält entschieden, was die gediegene äußere Aufmachung versprochen hatte. In einer ganzen Reihe von Aufsätzen, die sich durchwegs auf gutem Niveau halten, werden Probleme der schweizerischen Archaeologie und Kunstgeschichte behandelt; ein kurzer Überblick über diese Arbeiten möge zeigen, daß alle Perioden der schweizerischen Kunstentwicklung ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sind.

So finden wir aus der römischen Epoche neben mehreren Referaten über Einzelfunde — die sehr eingehende Untersuchung P. Schazmanns über die goldene Büste Marcaurels und ein Aufsatz E. Pelichets über das in Nyon entdeckte Artemis-Mosaik seien besonders genannt — regelmäßig Berichte über die Grabungen in Vindonissa von Simonett; sehr wertvoll scheinen mir die Bemerkungen W. Deonnas über die Stilunterschiede und Stilnuancen der römischen Provinzialplastik. Sehr erfreulich ist es sodann, daß die früher so stiefmütterlich behandelten, von der Antike zum hohen Mittelalter führenden Übergangszeiten durch mehrere Arbeiten — von E. Schaffran über eine Reliefplatte langobardischen Stils und von Sus. Steinmann-Brodtbeck über Herkunft und Verbreitung der rhätischen Dreiapsidenkirchen des Frühmittelalters — vertreten sind; besonders die letztere, weite Horizonte umfassende Untersuchung wird, trotz einiger zu berichtigender Einzelheiten, als gewissenhafte Materialzusammenstellung für spätere Forschungen von großem Werte